

Datum: 08.05.2007

Info Nr.: 108

Städte- und Gemeindebund zur Gemeindegebietsreform:

Mehr Wahlfreiheit und individuelle Lösungen Präsidium beriet Vorschläge des Innenministers

Ballenstedt / Magdeburg.- Mehr Wahlfreiheit zwischen den beiden Modellen Einheitsgemeinde und Verbandsgemeinde, bei vergleichbarer Leistungsfähigkeit der Modelle und dann endlich Ruhe in der kommunalen Ebene –, das sind die Forderungen, mit denen Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund gegenüber dem Innenministerium zu den Eckpunkten für eine Gemeindegebietsreform Stellung nimmt. Bei einer Klausurtagung in Ballenstedt hat sich das Präsidium intensiv mit den Vorstellungen der Landespolitik befasst und die Positionen von kleinen, mittleren und großen Städten und Gemeinden diskutiert.

Einig waren sich die Vertreter der Städte, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften aber in einem: „Es muss jetzt ein Schlusspunkt in der immer währenden Reformdiskussion und Sachsen-Anhalts Gemeinden geben“, betonte SGSA-Vizepräsident Bürgermeister Norbert Eichler (Haldensleben). Schon zu viel Zeit sei im Land verstrichen und zu viele Modelle diskutiert und teilweise auch umgesetzt worden, dass nun die Gefahr bestehe, dass sich Bürger und Ehrenamtliche von der Kommunalpolitik abwenden. „Wir brauchen langfristig tragfähige

Strukturen, in denen sich die Bürgerschaft wiederfindet und die in der Kommunalpolitik akzeptiert werden“, betonte Eichler.

In einer engagierten Diskussion waren bei der Klausurtagung in Ballenstedt noch einmal Für und Wider der Modelle Einheitsgemeinde und Verbandsgemeinde besprochen worden. Beraten wurde auch über den Aufgabenbestand der künftigen Verbandsgemeinden. „Wir haben jetzt einen Aufgabenkatalog definiert, der sinnvollerweise auf die Verbandsgemeinde übertragen werden sollte“, erläuterte SGSA-Landesgeschäftsführer Dr. Bernd Kregel. „Werden diese Aufgaben künftig von der Verbandsgemeinde erfüllt, erreicht die Verbandsgemeinde eine mit der Einheitsgemeinde vergleichbare Leistungsfähigkeit.“ Bei gleichartiger Leistungsfähigkeit sollte man die Wahl des Modells der gemeindlichen Selbstverwaltung überlassen.

Einigkeit herrschte bei den Kommunalpolitikern auch in der Forderung, das Land dürfe sich nicht allein auf bürokratische Maßstäbe und Zahlen festlegen. Kommunalpolitik sei lebendig und erfordere flexible Antworten auf die sich ständig ändernden Anforderungen. „Dazu gehört es ebenso, dass bestehende Kreisgrenzen kein Hindernis bei der Bildung neuer Gemeindestrukturen sind“, erläuterte Norbert Eichler, „wie auch Einwohnerzahlen von Gemeinden und Verbandsgemeinden nicht allein Maßstab für die Neuordnung sein dürfen.“

Schließlich waren sich die Kommunalpolitiker darüber einig, dass die Stärkung der Gemeinden einhergehen muss mit einer Zuordnung von Aufgaben. Im Sinne einer starken Bürgerorientierung muss das Rathaus zum ersten Portal der Bürgerschaft ausgebaut werden.